



Beschluss des Bundesausschusses
der Europa-Union Deutschland
vom 17.11.2018

Europa neu beflügeln: Ein Kernszenario für die Zukunft

Die Europa-Union Deutschland setzt sich seit mehr als 70 Jahren für eine Politische Union als wesentlichen Schritt zu einem Europäischen Bundesstaat ein. Mit Blick auf das 2017 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Weißbuch zur Zukunft Europas orientiert sich unser Verband dabei klar am fünften skizzierten Szenario „Viel mehr gemeinsames Handeln“.

Jedoch erscheinen in der Europäischen Union mit wahrscheinlich bald nur noch 27 Mitgliedern angesichts europaskeptischer Regierungen in mehreren EU-Staaten und teilweise eklatanten Verstößen gegen die Werte der Union auf nationaler Ebene ambitionierte und föderalistische Integrationschritte hin zu einem Europäischen Bundesstaat zunehmend unwahrscheinlich.

Daher spricht sich die Europa-Union Deutschland für ein zeitnahes konstitutives Vorgehen williger Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion zur Schaffung einer Politischen Union aus. Dies kann entsprechend Szenario drei des Weißbuchs „Wer mehr will, tut mehr“ geschehen, also im Wege verstärkter Zusammenarbeit.

Die Politische Union muss prinzipiell allen EU-Staaten offenstehen, die auch zu einem späteren Zeitpunkt eine entsprechende Entscheidung treffen. Damit knüpft die Europa-Union gewissermaßen an die Kerneuropa-Debatte an, ohne sie sich zu eigen zu machen. Ziel sind pragmatische Lösungsvorschläge einer notwendigen vertieften Integration mindestens im Rahmen der Eurozone. Voraussetzungen für die Beteiligung an dieser Politischen Union sind der Euro als Währung und die unbedingte Einhaltung der Unionswerte wie auch der europäischen Grundrechtecharta, verbunden mit einer zuständigen und anerkannten Gerichtsbarkeit durch den Europäischen Gerichtshof.

Die Europa-Union ist sich dessen bewusst, dass zugleich die gesamte EU in ihrem Zusammenhalt zu festigen bleibt. Dabei kommen der Sicherheitspolitik sowie der Stärkung des Binnenmarkts in den Bereichen Energie, digitale Technologien, Bildung und Infrastruktur besondere Bedeutung zu.

Eine verbandsoffene Projektgruppe der Europa-Union bereitet auf der Grundlage dieses Beschlusses eine politische Kampagne für die Zeit nach der Europawahl und mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 vor. Bei der Erarbeitung dieser Kampagne soll die für die Europawahl entwickelte „Europa Machen“-Kampagne berücksichtigt werden.